

Geschichte und Kritik der deutschen Linken

Die Geschichte der deutschen Linken ist eine Geschichte der Niederlagen oder gar Vernichtung durch den Nationalsozialismus oder durch Säuberungen des Stalinismus. Die Zeit zwischen 1918 und 1933 war für die Linke eine riesige Chance. „1918/19 schaute die ganze Welt auf Deutschland und wartete auf die sozialistische Revolution. Statt dessen bricht sie im damaligen Rußland aus, und in Deutschland erstarkt die Sozialdemokratie. Der Faschismus schließlich beendet jede Möglichkeit, linke Positionen zu formulieren, geschweige denn offen linke Politik zu betreiben.“ (Gegen das Vergessen)

Deutschland hat zwei gescheiterte Revolutionen erlebt, 1848 und 1918. Auch das hat die deutsche Linke geprägt. Noch 1848 gab es Aufstände im ganzen deutschen Reich, Hungerunruhen und Plünderungen. Mit dem Entstehen der Arbeiterbewegung bemühte sich diese aber, die Aktionsformen zu befrieden. Intermediäre Aktionsformen wie Wahlkampf und Streiks sowie demonstrative Aktionsformen wie Demonstrationen und Kundgebungen gewinnen an Bedeutung, gegenüber direkten Aktionen. Weitere Infos:

http://www.initiativeandersarbeiten.de/html/themen/themen_text_2.php?zid=12

Spaltung der Arbeiterbewegung von den Sozialistengesetzen bis 1933

1848 erschien das Kommunistische Manifest, nur die Arbeiterklasse könne die Befreiung bewerkstelligen. 1870 wurde dann ein einheitliches deutsches Reich gegründet und das Wahlrecht zugestanden. 1875 gründete sich die SPD. Bei der 3. Wahl 1877 holte die SPD bereits 9,1% der Männerstimmen. Für damalige Verhältnisse war das SPD-Programm radikal. 1878 verbot Bismarck mit den Sozialistengesetz die Versammlungstätigkeit der SPD, damit sollten die radikaleren Teile der SPD kriminalisiert werden. Von 1882-1890 entledigte sich die SPD dann ihres radikalen, linken Flügels. Nach 1890 wurde die Partei auf den reformistischen, parlamentarischen Kurs eingeschworen. 1914 war die SPD bereits stärkste Partei im Reichstag, die SPD stimmte für die Kriegskredite. 1917 trennte sich der linke Flügel dann von der SPD und gründete die USPD. Die Novemberrevolution 1918 führt dazu, daß der Kaiser flieht und Friedrich Ebert (SPD) Reichskanzler wird, der sagt: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde.“ Es entstehen Arbeiter- und Soldatenräte und es gibt Aufstände, die SPD mit Ebert, Scheidemann und Noske tragen dazu bei, daß sie niedergeschlagen werden. Die SPD schließt mit der Reichswehr ein Abkommen, daß die Reichswehr Ebert und die SPD nicht stürzt, wenn die SPD dafür den Bolschewismus verhindert. 1918/19 wird aus dem Spartakusbund die KPD gegründet. Die KPD hat nach der Gründung sofort enormen Zulauf. Die KPD verlangte eine politisch bedingungslose Anbindung an die SU und entwickelte sich zum bürokratischen Funktionärsapparat, so sprach sie sich z.B. vehement gegen Plünderungen aus. Bei Hungerunruhen plünderten die Menschen, die KPD setzte dagegen Kontrollaus-schüsse zur umfassenden Preiskontrolle ein. Dieses bürokratisch-aufgeblähte Konzept schloß langsam ein. Aus der KPD traten radikalere Leute aus und gründeten die KAPD, die aktionistischer drauf war. Nicht nur 1918/19 gab es Aufstände, sondern auch danach so der Ruhraufstand 1920 und der Märzaufstand 1921. Die KPD gründete 1924 den Rotfront-kämpferbund, der sollte rechte Verbände zurückdrängen. Ab 1927 entwickelte sich eine breite Streikfront. Die SPD repräsentierte vor allem die Facharbeiter, die Kommunisten wurden immer mehr aus den Betrieben entfernt. 1932 waren 80% der Kommunisten arbeitslos. Etwa 300 000 bildeten 1932 den Kern der Partei, sie hatten aber 5 Millionen Wahlstimmen. SPD und KPD waren vollkommen zerstritten, die SPD bezeichnete die Kommunisten als Linksfaschisten, die KPD die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten. „Was die KPD damit meint und wie sie darauf kam, ist einfach nachvollziehbar: begonnen mit der Bewilligung der

Kriegskredite 1914, das Niederschießen der revolutionären ArbeiterInnen 1918/19, das blutige Niederschlagen der Aufstände Anfang der 20er Jahre, usw.-durch die Weimarer Republik bis zum Blutmai 1929, als auf die 1. Mai-Demo von einem SPD-Bullenpräsidenten geschossen wurde und 30 ArbeiterInnen dabei umkamen, zog sich eine einzige Blutspur hinter der SPD her.“ (Gegen das Vergessen) Die KPD stalinisierte sich dagegen immer mehr, es gab reichlich Parteiausschlüsse wegen „Anarchosyndikalismus“ und „links-abweicherlicher Position“. Vor der Machtergreifung der Nazis setzte die KPD vor allem auf Aufklärungsarbeit, erst 1932 änderte sich die Politik. Thälmann rief im Mai 1932 zur Bildung einer „Antifaschistischen Aktion“ auf, die überparteilich sein sollte. Trotzdem war die SPD immer noch Hauptfeind, wie auch umgekehrt. „Noch bei den Reichstagswahlen im März 33 hätten Kommunisten und Sozialdemokraten, wären sie zum Umdenken fähig gewesen, eine proletarische Front von 12 Millionen mobilisieren können. Die kommunistische Partei aber wartete auf den revolutionären Umbruch und die sozialdemokratische Leitung zog eine Politik des Stillhaltens und der Anpassung vor...“ (Peter Weiss aus Gegen das Vergessen) Die SPD taktierte, sie unterstütze Aussperrungen bei Arbeitskämpfen. Die KPD rief nach der Machtergreifung zwar zum Generalstreik auf, aber von ihren 300 000 Mitgliedern waren 250 000 arbeitslos. Die SPD, deren Mitglieder oftmals Facharbeiter waren, lehnte den Generalstreik ab. „Der autoritäre Charakter der Parteien und der linken Politik ist ein weiterer Aspekt für die mangelnde Schlagkraft der Linken damals...Fest steht, daß die Autoritätsgläubigkeit und der latent kleinbürgerliche Charakter vieler Linker damals im Wege standen, eine militante, linksradikale Bewegung gegen die Faschisten auf die Beine zu stellen.“ (Gegen das Vergessen)

Repression und Bedeutungslosigkeit der Anarchisten

„Deutschland war niemals ein Land, in dem libertäre Ideen eine wichtige Rolle gespielt haben...“ (Horst Stowasser) In den 70er Jahren des 19.Jh, vor den Sozialistengesetzen spielte John Most eine große Rolle, der damals Sozialdemokrat war, obwohl er wie ein Anarcho auftrat. Er machte den Parlamentarismus als „Reichskasperletheater“ lächerlich, in einer Form, die man heute Spaßguerilla nennt. „Seinen letzten Wahlkampf bestritt er aus einer Gefängniszelle in Plötzensee und schlug seinen bürgerlichen Gegenkandidaten im fernen Chemnitz mit 14 000 zu 10 000 Stimmen...“ Demonstrationen, die er organisierte, waren provokante Happenings. Als Most sich 1880 definitiv zum Anarchisten wandelte, lebte er schon im Exil. Ab 1874 sind erste anarchistische Gruppen in Deutschland, vor allem in größeren Städten, bekannt. 1881 nehmen deutsche Vertreter am anarchistischen Kongreß in London, wo die „Propaganda der Tat“ abgesegnet wird, was auch zu Attentaten in Deutschland führt. Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, war die SPD zur sozialreformerischen Stimmviehpartei angepaßt, die linke Opposition aus der Partei entfernt. Aus dieser Dissidentenbewegung regenerierte sich der deutsche Anarchismus zum 2. Anlauf. Hier hatte Rudolf Rocker seine Wurzeln, der 1897 Gründungsmitglied der „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften“ war, Vorläufer der FAUD, die 1919 gegründet wurde. Die Fau erlebte schon mal bessere Zeiten. „Die FAUD, die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, spielte Anfang der 20er Jahre eine große Rolle, als gegen den Kapp-Putsch gekämpft und die Rote-Ruhr-Armee gebildet wurde. In der FAUD waren zu dem Zeitpunkt weit über 100 000 Leute organisiert. Die Niederschlagung der Roten-Ruhr-Armee bildete einen schwerwiegenden Einschnitt. Die meisten Anarcho-Syndikalisten mußten aus dem Ruhrgebiet fliehen. Manche wurden umgebracht. Ab da, sagen die anarcho-syndikalistischen Bücher, gab es mehr eine „theoretische“ Geschichte als eine starke Praxis, die in der Lage gewesen sei, großartig die Geschehnisse der Zeit zu beeinflussen. Immerhin waren 1930 noch 20 000 Menschen in der FAUD organisiert...“ (Gegen das Vergessen)

Die KPD-Führung sabotierte jegliche Form der Zusammenarbeit. Sie warnte ihre Parteigenossen davor, mit Anarchisten zusammenzuarbeiten- den „Ultralinken“: Selbst später in den KZ's grenzten sich die stalinistischen Kommunisten von den Anarchisten ab. Als anarchistisches Beispiel wird aber immer die Münchner Räterepublik herangezogen. Die Novemberrevolution 1918 stürzte das Königreich in Bayern. Zum Ministerpräsident wurde der Vorsitzende des Arbeiter-und Soldatenrates Kurt Eisner, der libertären Ideen mit Sympathie gegenüberstand. Zum Aufbauwerk gelang es Eisner, bekannte Libertäre wie Gustav Landauer, Ernst Toller und Erich Mühsam zu gewinnen. In diesem Experiment wurden zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. In der 2. Phase der Räterepublik kommt die KPD an die Macht, die Münchner Rotarmisten haben gegen die Reichswehr keine Chance, am 3. Mai 1919 fällt die Landeshauptstadt. Gustav Landauer wird im Gefängnis Stadelheim unter Fußtritten und Kolbenschlägen von Soldaten ermordet. Erich Mühsam wird 1934 im KZ Oranienburg umgebracht. Nach dem Nationalsozialismus war der Anarchismus so gut wie tot.

Widerstand im Nationalsozialismus

Die SPD wird im Juni 1933 verboten, war aber schon im März/April abgeklappt. Bis Ende 1934 sind von noch 120 000 eingetragenen KPD-Mitgliedern die Hälfte im Knast oder KZ, 2000 führende Kader sind ermordet. Die erste Phase des Widerstandes war 1935/36 weitgehend zerschlagen. 1936 wurden 11 687 Leute, 1937 8 069 Leute wegen illegaler kommunistischer Beteiligung verhaftet. Die Gewerkschaften wie die SPD versuchten bis zum Schluß, sich dem NS-Staat anzubiedern, so riefen sie die Mitglieder auf, am 1. Mai 1933 zusammen mit den Faschisten zu feiern. Trotzdem bildeten sich immer wieder illegale Gewerkschaftsgruppen, die z.B. Sabotage-Aktionen durchführten. Die Kommunisten wurden durch den Hitler-Stalin-Nichtangriffspakt von 1939 demoralisiert. In dieser Zeit muß Hitler keinen Zweifrontenkrieg führen, und erobert Europa. Erst 1941 greifen die Nazis die Sowjetunion an, Generäle warnen Hitler vor dem Zweifrontenkrieg. Erst ab 1943 unter dem Eindruck der Zerstörung des eigenen Landes bilden sich kleinere bürgerliche Widerstandsgruppen gegen den Krieg. Auf diesen Widerstand bezieht sich so gerne die bürgerliche Geschichtsschreibung, wie auf das Attentat vom 20. Juli 1944.

Hauptkraft im antifaschistischen Widerstand waren dagegen die Kommunisten, die SPD hatte seit 1939 keinen Einfluß mehr auf den Widerstand, sie setzte auf die militärische Niederlage. Widerstandsgruppen waren z.B. die Gruppe Baum, die Rote Kapelle, die Bästlein-Jakob-Saefkow-Gruppe. Es gab Sabotage von ZwangsarbeiterInnen, Widerstand z.B. der Edelweißpiraten; Aufstände, Sabotage und Verstecken in KZ-Lagern, Ghettos und Partisanenkampf.

1945-1948- antikapitalistische Stimmung und Machtkampf

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien die Linke stark zu sein, es gab in der Bevölkerung und in den Parteien ein antikapitalistisches Bewußtsein. Die SPD setzte sich laut ihrem 1. Parteitag eindeutig für eine sozialistische Wirtschaft und Vergesellschaftung vieler Konzerne ein. In ihrem Programm heißt es: „Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine kapitalistische Unternehmerwirtschaft zu ertragen und Unternehmerprofite, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen.“ (Gegen das Vergessen) Im Programm der CDU stand: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ (Gegen das Vergessen) Es blieb bei den Worten. Antifaschistische Ausschüsse wurden in den Westzonen verboten, in der Ostzone der KPD untergeordnet. Während Aufständen, Streiks und Plünderungen gibt es die Forderung nach Sozialisierung von Großbetrieben. Arbeiter bauen Betriebe auf, in der Hoffnung, daß sie ihnen bald selbst gehören. In den Gewerkschaften gab es Machtkämpfe und die Reformisten

setzten sich gegenüber linken Gruppierungen durch, wiegelten z.B. die Unterstützung von Hungerrevolten ab. Die Zustimmung zum Marshall-Plan war dann ein letztes Unterwerfen der DGB-Funktionäre unter die kapitalistischen Pläne der westlichen Alliierten und eine gewonnene Machtprobe gegen die Linken innerhalb der Gewerkschaft. Die KPD ist wiederum darauf aus, die Außenpolitik der Sowjetunion zu schützen, nur keine Konfrontation mit den Alliierten. Die starke Orientierung an der SU waren ein Grund, daß immer mehr Mitglieder austraten, andererseits waren viele Kommunisten ermordert worden oder geflohen. Und auch das Aufkommen des Kalten Krieges war der Grund für den Niedergang der West-KPD bis zum Verbot 1956. Eine Entnazifizierung fand in den Westzonen nie statt, Persilscheine konnten auf dem Schwarzmarkt gekauft werden und ca. 80% aller Nachkriegs-Staatsanwälte und –richter waren Ex-Nazis.

50er Jahre bis frühe 60er Jahre- Niederlagen und Schwächen der Linken

Wirtschaftswunder

Die 50er Jahre waren nicht die Zeit der großen Kämpfe. Der Antikommunismus im Kalten Krieg durchdrang das politische Klima total. Die Kommunisten wurden nach dem Parteiverbot in die Illegalität abgedrängt, ihre DDR-Anbindung verstärkte sich noch und sie wurden im Westen systematisch kriminalisiert. Die SPD wurde zur Volkspartei, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung anerkannte. Der DGB wurde mittels Sozialpartnerschaft zum Helfer der Durchsetzung kapitalistischer Interessen. Langsam wurde der Burgfrieden zwischen Gewerkschaften und Kapital festgeklopft. „Der DGB degenerierte in den fünfziger Jahren immer mehr zu einem Apparat der „Sozialpartnerschaft“, der u.a. ...die Funktion übernahm, den sozialen Frieden in den Fabriken zu sichern, als offensive Forderungen zu stellen, die sich gegen das Kapital gerichtet hätten. Streng nach dem Motto „wenn es dem Kapital gut geht, geht es der Wirtschaft gut, und dann geht es auch dem/der ArbeiterIn gut“, war eine grundsätzliche Infragestellung der kapitalistischen Wirtschaft ein für allemal gegessen. Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf war die Devise, die sich ja bis heute durchzieht.“Kommunisten wurden massenhaft aus den Gewerkschaften hinausgeworfen. Der Antikommunismus verschob das gesamte Klima nach rechts. „Zu den wenigen Ereignissen, in denen die Linke überhaupt eine Bedeutung hatte, gehören die antimilitaristischen Kämpfe gegen die Wiederaufrüstung 1950/51, die Etablierung der Bundeswehr 1956 und atomare Bewaffnung 1957/58.“(Gegen das Vergessen)

1967 bis 1977- zunehmender Einfluß der Linken

Keynesianischer Wohlfahrtsstaat und Korporatismus

Es bildete sich ein Klassenkompromiß heraus. Gewerkschafter wurden über Betriebsräte und Mitbestimmungsorgane in den Herrschaftsapparat integriert. Bis Ende der 60er Jahre war in vielen kapitalistischen Ländern die Hegemonie des konservativen Blocks gebrochen. Das Reformprogramm der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt war Ausdruck einer Linksverschiebung. Es war aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Weltmarktkonkurrenz eine Modernisierung notwendig. Weitere Infos:

http://www.initiativeandersarbeiten.de/html/themen/themen_text_2.php?zid=151

Neue Linke

Das rote Jahrzehnt nennt Gerd Koenen die Zeit zwischen 1967 und 1977. Der 2. Juni 1967, als der Student Benno Ohnesorg umkam, veränderte die Republik, es gab eine Linksverschiebung, Gerd Koenen nennt es „Unsere kleine deutsche Kulturrevolution“: Der Staat wollte die Modernisierung des Kapitals befördern, für die Veränderungen im Arbeitsprozeß wurde qualifiziertes Personal gebraucht. Das förderte eine politische

Liberalisierung und demokratische Öffnung der Universitäten und war wesentlich für die Entstehung der APO. Diese Protestbewegung konzentrierte sich innenpolitisch auf die Notstandsgesetze und außenpolitisch auf den Vietnam-Krieg. Mit der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre wuchs die Bedeutung der Linken. Es entstand eine Neue Linke, zunächst die außerparlamentarische Opposition (APO) und schließlich viele kleine linke K-Gruppen. Gerd Koenen beschreibt auf witzige Weise diese Gruppen. Hier ein Einblick. 1998 trafen sich ehemalige Tübinger SDSler (u.a. auch Gerd Koenen) zu einem Klassentreffen. Martin K. konnte nicht kommen, aber er schrieb: „Nachdem ich 1970 dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands beitrug, bin ich seither aktiv am Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse in Deutschland beteiligt, unterstützte die Gründung der Marxistisch-leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und bin in ihr grundorganisiert. Nun seit über einem Vierteljahrhundert ist mein Hauptlebensinhalt der Kampf für den Sozialismus usw.“ Er arbeitete jahrelang im Stahlbau und schreibt weiter: „In dieser Zeit der gemeinsamen Arbeit meist in dreifacher Schicht und des gemeinsamen Kampfes um Arbeiterrechte habe ich feste dauerhafte zahlreiche Freundschaften mit Arbeitern geschlossen und bin in meinem Denken, Fühlen und Handeln mit ihnen seither aufs engste verbunden. Auch wenn diese Knochenarbeit in Sterkrade einen Teil meiner Gesundheit raubte, bin ich doch stolz, diesen Weg konsequent gegangen zu sein. Diese Jahre gehören zu den besten und wichtigsten in meinem bisherigen Leben.“ Einen Einblick gibt Gerd Koenen auch in die Marxistische Gruppe (MG). Wer eine Veranstaltung besucht, wird zunächst eine Belehrung zuteil. Wer die Botschaft annimmt, wird zu einem Sympathisantenplenum eingeladen. „Wer wöchentlich hinkommt, muß schon gehörig spenden und sollte nicht zu hartnäckig widersprechen. Danach kann man zur Sympathisanten-Schulung zugelassen werden, die drei bis vier Jahre dauert... Wer auch das erfolgreich durchgestanden hat, darf endlich (nach fünf oder sechs) Jahren sich dem inneren Kreis der Organisation nähern, indem er eine Mitglieder-Schulung besucht. Hier wird ein erster Schleier gelüftet. Man lernt wichtigere Leute kennen, die sich nur mit Vornamen anreden... Aber noch ist man kein Mitglied, sondern nur Kandidat...“ Die MG glich einer Loge und war „eine Art marxistischer Scientology-mit allen entsprechenden Beimischungen von Scienc fiction“. Die K-Gruppen lösten sich weitestgehend auf und es entstanden die neuen sozialen Bewegungen in den 70er Jahren. (Frauen-, Ökologie-, Friedensbewegung, Hausbesetzerszene etc.) Gleichzeitig gab es eine Kulturrevolution und einen Wertewandel. Die Linke hat zur Modernisierung beigetragen. Auch der „Deutsche Herbst“ 1977 sollte die BRD verändern. Jutta Dittfurth schreibt: „1977 ging es um Unterwerfungsrituale, nicht um kritische Auseinandersetzung mit der RAF.“ Der Staat antwortete auf den bewaffneten Kampf der RAF mit Repression gegen die Linke. „Demokratische Rechte wurden demoliert und eine durch die Notstandsgesetze legalisierte, begrenzte Form der Diktatur eingeübt.. Das Jahr 1977 hatte die BRD nachhaltig verändert.“ (Jutta Dittfurth) 3 Jahre nach dieser Repressionszeit wurde dann der parlamentarische befriedete Weg eingeschlagen, die Grünen gründeten sich, Vorläufer waren schon 1978 bei Wahlen angetreten und die Vereinnahmung beschleunigte sich. Dazu später. Auch die undogmatische Linke positionierte sich 1978 auf dem TUNIX-Kongreß neu. Die Neue Linke zerfällt „in einen Müsli- und einen Molliflügel“ (Jürgen Elsässer), also in die parlamentaristische-reformistische Bewegung rund um die Grünen und die Militanten, die sich seit der Hausbesetzerbewegung 1981 als Autonome bezeichnen. Mit der Räumung der besetzten Häuser und dem Abflauen der Anti-AKW-Bewegung schrumpft die autonome Szene schon vor 1989.

1977 bis heute- Schwächen und Niederlagen der Linken

Vereinnahmung der alten und neuen Linken

Willy Brandt ebnete 1969 nach seinem Amtsantritt den Weg eines Teils der akademischen Elite in die Integration, indem er für kleinere Demonstrationsstrafdelikte eine Amnestie aussprach. Der „lange Marsch durch die Institutionen“ war für die meisten ehemaligen Linken dann „ein endgültiger Abstieg in den Sumpf der Institutionen... Viele von ihnen beförderten später den Anpassungsprozess der Grünen- zum Beispiel als Medienleute, als grüne Mitglieder, als sozialdemokratische AmtsinhaberInnen...“ (Jutta Dittfurth) Von den autoritären Kommunisten ging keine Gefahr mehr aus. „Die neuen sozialen Bewegungen sahen sich selbst zu großen Teilen als irgendwie links und sozialistisch an, aber meist auch als antiautoritär. So versuchte der Staat zu spalten: einzukaufen die einen. Angst zu machen den anderen. Polizeilich und strafrechtlich zu verfolgen die übrigen.“

Die Grünen waren das Resultat der Neuen Linken und Neuen Sozialen Bewegungen. Jutta Dittfurth beschreibt den Anpassungsprozeß der Grünen. Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit spielten dabei eine große Rolle. In Landesverbänden hatten die Rechten der Partei die Macht schon an sich gerissen, der linke Bundesvorstand wurde dann 1988 durch eine Finanzintrige gestürzt, Ende 1988 gab es keine linken Mehrheiten mehr bei den Grünen. Jutta Dittfurth resümiert: „Der Kapitalismus ist enorm wandlungsfähig und wie kein anderes Gesellschaftssystem vor ihm in der Lage, andere Herrschafts- und Unterdrückungsformen in sich aufzunehmen... Diese Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus wirkt wie eine Modernisierung und schließt ein, daß er schubweise Teile der Opposition integriert und sich auch auf diese Weise erneuert.“ In den Koalitionsverhandlungen 1998 spottet Ingrid Matthäus-Maier, die für die SPD mit den Grünen verhandelt: „Das ist ja sehr schön, daß die Grünen uns rechts überholen wollen.“

Thomas Ebermann und Rainer Trampert, selbst beide mal im linken Flügel der Grünen, kritisieren den „Wandel der Linken zu integrierten Experten“. „Linke und mit ihnen befreiende Visionen und Kämpfe sind mit Ausnahme von gesellschaftspolitisch irrelevanten Gruppen und Individuen aufgesogen worden. Sie haben sich eingeordnet ins Praktische... An der fast unlösbaren Aufgabe, weder von der Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen, scheitern nicht nur tagtäglich die berühmten Massen, sondern daran ist ebenso die Linke gescheitert, ob die 68er oder spätere Anläufe. Die Integrationskraft des Systems ist weit mehr als „Polizei“ oder etwa das ideologische Spiel von Zuckerbrot und Peitsche. Wer verändern will, wird als unrealistisch gezeißelt, wer keine Ansprüche mehr stellt, ist vernünftig geworden und kann bei ausreichender Begabung auf eine Karriere hoffen... Desillusionierung und Demoralisierung nach gescheiterten Anläufen scheinen in Verbindung mit der Repression den Wunsch nach anderen, scheinbar realisierbarerem Wegen zu verstärken. Bei der Kapitulation vieler Linker steht die Suche nach immanenten Alternativen Pate. Damit beginnt der Einstieg in ein Dasein als Hamster im Laufrad. Die „Macht des Faktischen“ beginnt die sublimale Verdinglichung voranzutreiben. Ob in den Grünen, in der PDS, in irgendeiner Taxi- oder Computerfirma, die sich in Nischen drängt: Man trägt zu etwas bei.“ (Thomas Ebermann und Rainer Trampert)

Jürgen Elsässer, auch mal bei den Grünen, schreibt von einer Lumpen-Intelligenzija: „Allein in der Bundesrepublik dürften es einige hunderttausend Leute sein, die eine universitäre Bildung durchlaufen (wenn auch nicht immer abgeschlossen) haben, danach aber keine feste Beschäftigung fanden. Also haben sie sich ein Auskommen in den Ritzen des Sozialstaates und Kulturestablishments gesucht, sie vermarkten sich als Künstler, Journalisten, Werbeagenten und ähnliches... Diese prekarierten oder scheinselfständigen Jobs... machen abhängig von den Auftraggebern... die Parole (heißt): Ja nicht negativ auffallen. Doch während die FDP die Partei der Zahnärzte und Rechtsanwälte ist, also erfolgreiche Studenten ohne Bummelsemester im AstA oder einer Frauengruppe, reüssierten bei den Grünen die akademischen Zuspätkommer. Und der opportunistische Nachwuchs ist auf demselben Weg...“

Und Jörg Bergstedt resümiert:

„Mit ihrer Widersprüchlichkeit sind heutige linke Gruppen und NGOs das nötige Schmieröl auf dem Weg zu ausgedehnter Herrschaft und daraus folgend auch Verwertungslogik. Wenn Attac „Eine andere Welt ist möglich!“ fordert, suggeriert der Verband einen revolutionären Pathos. Damit werden kritische Kräfte eingefangen und instrumentalisiert. Tatsächlich will Attac das genaue Gegenteil: Mehr von der bestehenden Welt und der herrschenden Weltordnung, nämlich mehr Machtinstanzen, mehr Kontrolle, mehr Staat und weniger Gesellschaft.“ NGOs sind zunächst oftmals auf Distanz zu Eliten, der Einstieg in große Verbände führe aber oft „zu einer Orientierung auf Lobbyarbeit, Detailkritik und materieller Ressourcenbeschaffung vom Staat. Insofern haben NGOs und viele andere politische Gruppen auch die Aufgabe, neue Protestpotentiale zu sammeln und zu kanalisieren.“ Es wird versucht, Gruppen die Aufmerksamkeit erlangen, zu etablieren oder auszugrenzen. „Moderne Herrschaft wird immer zunächst versuchen, zu integrieren, d.h. kritisches Potential für eigene Zwecke zu nutzen und in die Apparate der Herrschaft aufzunehmen- seien es die Personen oder auch die Gruppe, wenn sie sich auf Kooperationen mit dem Staat, Mitwirkung bei oder gar Übernahme von staatlichen Aufgaben einläßt. In den letzten 20 Jahren sind viele Methoden entwickelt worden, die diese Integration erleichtern- von Mediation und anderer Konfliktentschärfung über Methoden der Pseudobeteiligung (Agenda 21, Runde Tische usw.) bis zu finanziellen Zuwendungen gerade für Bereiche, in denen Abhängigkeitsverhältnisse besonders schnell entstehen (Personal,Räume)...Viele politische Bewegungen der Vergangenheit sind heute Teile des Staates...“ Viele NGOs sind heute von staatlichen Geldern abhängig, Geld ist ein wichtiger Grund zur Anbietung an den Staat, Spenden kommen häufig von der „reichen Eliteschicht linker Intellektueller und dem BildungsbürgerInnen. Diese Schicht ist die mit der größten Zuneigung zur Mehrheitsdemokratie und zum Rechtsstaat. Sie sind oft die GewinnerInnen der gesellschaftlichen Modernisierung. Darum liegt ihnen persönlich wenig an gesellschaftlichen Veränderungen, Umverteilung und Gleichberechtigung aller.“ Geld und Filz spielen die größte Bedeutung. Politische Akteure werden oft instrumentalisiert und vereinnahmt. So wurde die Globalisierungsbewegung mit attac gleichgesetzt und attac erntete die Lorbeeren. Ein Beispiel für den Niedergang und die Vereinnahmung einer neuen sozialen Bewegung ist die Frauenbewegung. Die Frauenbewegung ist fast tot. Was hat sie im Kapitalismus erreicht? Kommunale Gleichstellungsbeauftragte, Frauenquoten, Gender Studies und feministische Lehrstühle, Staatsknete für Frauenprojekte, die immer mehr dem „Sparzwang“ zum Opfer fallen. Bald Ganztagschulen, damit auch alle Frauen schufteln gehen dürfen. Fast die Hälfte der westdeutschen Akademikerinnen bekommt keine Kinder mehr, vor allem wegen der karrierebehindernden Berufsunterbrechung. Sexismusdebatten in der linken Szene, Innen als Schreibweise. Von Gleichberechtigung, vor allem für Alleinerziehende keine Spur. Sie haben das größte Armutrisiko. Und Ehefrauen arbeiten in Minijobs prekär, sie sind immer noch Zuverdienerinnen usw.usf. Unterdessen plaudert Alice Schwarzer nett mit dem Establishment, zudem sie selbst gehört. Eine politische Kraft geht von dieser neuen sozialen Bewegung nicht mehr aus. Die alte oder auch neue Linke wurde und wird in der kapitalistischen Gesellschaft als Modernisierer gebraucht, der erstarrte Realsozialismus in der DDR kam dagegen konservativ daher und konnte den Wertewandel der Jugend in den 80er Jahren nicht für sich nutzen, gerade diese Generation floh 1989.

Gescheiterter Realsozialismus

Es ist ja bekannt, daß im Stalinismus viele Menschen ermordet wurden, aber schon unter Lenin gab es Repressionen. Rosa Luxemburg geißelte schon 1918 geißelte die Einschränkung aller demokratischen Freiheitsrechte: „Es ist eine offenkundige, unbestreitbare Tatsache, daß ohne freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist...Das öffentliche Leben der Staaten

mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperret.“Die damaligen Prophezeiungen liest man heute wie eine Bilanz. „Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, ein Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender (?) Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft- eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker...“(Vorwärts –und schnell vergessen?)

Auch in Ostdeutschland gab es ein realsozialistisches Experiment.

Im Sommer 1945 werden in der SBZ Parteien wie KPD, SPD, CDU und LDP zugelassen, am 21. und 22.4.1946 die SED (Vereinigung von KPD und SPD) gegründet. Die Haltung gegenüber der UdSSR wurde zum „Prüfstein“ für jedes Mitglied gemacht. 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit gegründet. Als positive Errungenschaften werden im Buch „Gegen das Vergessen“ die Bodenreform und die Reform des Bildungswesens mit Neulehrern und Arbeiter- und Bauernfakultäten genannt, was z.T. fragwürdig ist. Im September 1949 wird die BRD gegründet, am 7.10.1949 die DDR. Die Idee des Sozialismus scheint heute unter einem Trümmerhaufen begraben. Die Repression, z.B. die Einschränkung der Meinungs- und Reisefreiheit war ein Grund für das Scheitern des Realsozialismus. In dem Buch „Gegen das Vergessen“ wird die Repression in der DDR verharmlost, was ich so nicht teilen kann. Ich zitiere: „...bereits vor dem Bau der Mauer (hat sich) die Geheimdienstpraxis auf jenen mittleren Stand der Repressionsskala zurückgebildet, auf dem sie gegenüber zahlreichen Ländern des westlichen Einflußbereiches eher gut dasteht.“ Vielleicht wenn man die Repression mit damaligen lateinamerikanischen Diktaturen wie Chile vergleicht, „gut“ stand die Repression deshalb nicht da. Der MfS-Apparat wurde massiv ausgebaut. Waren es 1971 noch 45 000 hauptamtliche Beschäftigte, so 1989 ca. 91 000 Mitarbeiter. Dazu kamen noch 174 000 Spitzel. Der Repressionsapparat wurde massiv ausgebaut. Die Strafmaße und Haftzeiten der politischen Gefangenen wurden zwar immer kürzer, aber die Repression immer allumfassender, so wurden viele potentielle Republikflüchtige aufgrund von Denunziationen schon an ihren Heimatorten festgenommen. Und weiter: „Auch auf dem Feld der Repression ist die DDR in den letzten Jahrzehnten ein ziemlich normaler Staat geworden.“ Wenn eine Linke das plötzlich normal findet, daß man politische Arbeit, wie sie hier möglich ist, nicht machen darf. Oder wenn man Honecker kritisiert, und die falschen Leute am Tisch sitzen, der Knast wahrscheinlich ist. Oder weil man aus der Mauereinsperrung raus will..etc. Diese Verharmlosung hat m.E. mit linkem Verständnis von Freiheit nichts zu tun. Und ist ein Zeichen für Unkenntnis. Ein Text zur DDR:

http://www.initiativeandersarbeiten.de/html/themen/themen_text_2.php?zid=67

Neoliberalismus als Endstation der Geschichte mit angeblicher Alternativlosigkeit

Schon Mitte der 80er Jahre gibt es für die Linken entscheidende Weichenstellungen, bei den Grünen gewinnen im Kampf zwischen Fundis und Realos die Parteirechten. Es wurde Abschied von einer Politik der radikalen Gesellschaftsveränderung genommen. Schon in dieser Periode behauptete sich die neoliberale Hegemonie erfolgreich. Auch die alte Linke befand sich in der Krise. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus setzte sich dann die Auffassung durch, es gibt keine Alternativen zum Kapitalismus. Helmut Kohl, der

Einheitskanzler hielt sich noch eine Weile, aber um den Klassenkompromiss endgültig aufzukündigen, dazu brauchte man die traditionelle Linke- die SPD. Die Sozialdemokratie, hervorgegangen aus der traditionellen alten Linken, und die Grünen, hervorgegangen aus der Neuen Linken und den Neuen Sozialen Bewegungen, setzen die neoliberale Politik mit einer Rhetorik der Modernisierung durch. Das Ende aller Utopien scheint gekommen zu sein. Die Arbeitgeber haben den Klassenkompromiß aufgekündigt, und die reformerische Linke weitestgehend darunter begraben, der klassische sozialdemokratische Reformismus ist zurückgedrängt, heute bedeuten Reformen Abbau von Sozialstandards. Aber auch die neuen sozialen Bewegungen sind im Niedergang. Ohne ihren Verfall wäre die Anpassung der Grünen zu einer liberalen Partei kaum möglich gewesen. Jutta Dittfurth schreibt: „In Zeiten großer gesellschaftlicher Proteste sowie in denen der größten sozialen Grausamkeiten muß die vermeintliche fortschrittliche Partei (oder Koalition) ran- um Revolten zu befrieden und soziale Bewegungen zu spalten.“ So war es in der Weimarer Republik, so war es Ende der 60er und in den 70er Jahren, und so ist es heute. Johannes Agnoli warnt vor der Sozialdemokratisierung der Linken.

Über die reformistische Linke möchte ich daher keine großen Worte mehr verlieren, sei es die PDS, die in Landesregierungen den Sparzwang durchsetzt, seien es die Gewerkschaften, deren Spitzen den neoliberalen Kurs mittragen, sei es attac, deren Sprecher sozialdemokratisch daher kommen und den Kapitalismus nur zähmen wollen. Oder auch die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Eine reformistische keynesianische Linkspartei wird nicht gebraucht, die Anpassungsprozesse sind jetzt schon vorprogrammiert. Und wo sehen sie ihre Wählerstimmen? Die Sozialdemokraten rekrutierten sich Ende des 19. Jh. aus der entstehenden Arbeiterbewegung, die Kommunisten entstanden, als viele Hoffnungen in die Oktoberrevolution 1917 in Rußland und die Aufstände 1918/19 in Deutschland setzten. Die Grünen entstanden als Resultat der 68er Bewegung und starken neuen sozialen Bewegungen. Die PDS hatte ihr Potential in der ehemaligen DDR-Elite, den SED-Funktionären und Mitgliedern, die wieder an die Macht kommen wollten. Woraus aber schöpft die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die Proteste gegen die Agenda 2010 sind eingeschlafen, Hartz IV ist umgesetzt, es herrscht Ruhe, keine Unruhen in Sicht. Und auf parlamentarischem Wege ist dieses System nicht grundlegend zu verändern oder gar zu beseitigen.

Aber was macht die antikapitalistische Linke? Sie ist marginalisiert und das hat mit der Geschichte der Linken zu tun. Aber nicht nur das, auch mit dem inneren Zustand dieser Szene selbst, die kaum zu Selbstkritik fähig ist.

Robert Kurz kritisiert die Lifestyle-Linke als „Lebensästheten“. Wer Aktionen wie Yomango-Modeschauen kennt, weiß was mit Lifestyle-Linken gemeint ist, Robert Kurz beschreibt diesen Typus sehr treffend. Ich erlebte den Höhepunkt dieses Lifestyles bei einer BVG-Kundgebung im Rahmen der Mai-Steine 2004. Ich bezahlte ganze 8 Mark für Hin- und Rückfahrt, Sozial- und Arbeitslosenticket waren abgeschafft, was ich dort antraf, war eine Spaßaktion, Sektempfang für Schwarzfahrer und ein Rap-Konzert. Es wurde gar nicht der Versuch gemacht, den Umstehenden zu vermitteln, um was es eigentlich ging. Ein Gewerkschaftsflugblatt wurde vorgetragen, das war der einzige inhaltliche Beitrag. Hauptsache Spaß dabei, mir ist der Spaß vergangen, wenn man den Leuten ihre Mobilität nimmt und dann solch eine Kundgebung, da hört der Spaß einfach auf. „Postmoderne Kulturlinke und sozialpolitische Altlinke geben bei ihren Reanimationsversuchen systemimmanenter sozialer Bewegung ein Paar von ziemlich trauriger Gestalt ab. Der jeweilige Subjektbezug wäre praktisch unvereinbar, wenn er nicht in beiden Fällen sowieso schon sozial gegenstandslos wäre: Das Dauerglinsen des postmodernen Flexi-Subjekts signalisiert seine Dauerbereitschaft, sich überall und in jeder Gestalt zu verkaufen; und insofern ist es zur Auto-Ikone seiner eigenen sozialen Degradation geworden, die von den 20er Jahre-Arbeitern in der Tat noch nicht erreicht worden war.“ (Robert Kurz)

Johannes Agnoli fordert dagegen das Prinzip Negation und eine radikale Form der Verweigerung. „Die Verweigerung soll vielmehr in die gesellschaftliche Wirklichkeit eintreten, dort als das klare, bewußte, aber allemal wirksame Nein gegen die falsche Entwicklung handeln. Mauwurfsarbeit ist das genaue Gegenteil der Privatisierung des Protestes.“

Die antikapitalistische Linke heute

Die Isolation der Linken:

Die Linke in Deutschland ist eine marginale Größe, gekennzeichnet durch Isolation. Sie hat keinen Bezug zur Normalbevölkerung, ist von deren Leben abgekoppelt. Das führt aber nicht zur Selbstkritik, sondern zu elitärer Ignoranz und Arroganz gegenüber Außenstehenden, die angeblich alle verblödet seien. Allerdings der Verblödungsprozeß in der „Wissensgesellschaft“ schreitet voran. Es fehlt die Offenheit, die man braucht, um für Außenstehende attraktiv zu sein. Linke Gruppen machen für Außenstehende einen dogmatischen Eindruck, sie schotten sich oft ab und erstarren. Die Gruppendynamik führt zu Streitereien und Spaltungen. Die Linke ist so isoliert, daß sie noch nicht einmal potentielle Bündnispartner, wie die Subkultur, Kneipen-, Musik- und Kulturszene anspricht. Oftmals macht sie nur Stellvertreterpolitik, ohne die Betroffenen einzubeziehen, z.B. bei der Lidl-Aktion und bei Migranten. Migranten trauen sich selten nur auf linke Veranstaltungen. Die medizinische Flüchtlingshilfe ist dagegen ein positives Beispiel, sie wird von Migranten angenommen, weil sie an ihrem Lebensalltag orientiert ist.

Die Themen der Linken:

Die Themen der Linken und vor allem der radikalen Linken sind oftmals weit weg von den Themen der Normalbevölkerung. Das ist natürlich überspitzt formuliert, denn viele Themen sind natürlich wichtig, trotzdem streifen sie das Alltagsleben vieler Menschen oftmals nur am Rande. Ich will auch nicht NormalbürgerInnen idealisieren, oftmals sind sie kritikwürdig, trotzdem wären viele Außenstehenden für linke Vorstellungen z.B. nach sozialer Gerechtigkeit ansprechbar. Aber wie soll das ein Außenstehender begreifen, daß nichts die radikale Linke mehr interessiert, als der Israel-Palästina-Konflikt, ein Konflikt, der für viele weit weg ist. Und natürlich sind Themen wie Antifaschismus, Antirassismus, Antimilitarismus sehr wichtig, sie sind das Ergebnis geschichtlicher Entwicklung und vor allem der Erfahrungen der Linken mit dem Nationalsozialismus und auch neuerer Entwicklungen nach 1989. Aber- die Antifa ist mit Protesten gegen Fascho-Aufmärsche so sehr beschäftigt, daß andere Auseinandersetzungen nicht geführt werden. Da kann ein führender Repräsentant der Mitte wie SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky in Neukölln in verschiedenen Massenmedien wie dem Spiegel sich rassistisch äußern und selbst der Jungen Freiheit ein Interview geben. Und wo ist die Antifa? Und wo sind die linken Konzepte dagegen, daß selbst Alternative in Kreuzberg wegziehen, wenn ihre Kinder mit vielen türkischen Kindern in eine Schulklasse gehen sollen? Das die Linke in solchen Fragen nicht präsent ist, hat damit zu tun, daß sie kaum Stadtteilarbeit macht. Ein riesiges Manko. Auch der Kampf für Gleichberechtigung von Frauen und gegen Sexismus ist natürlich wichtig, aber die Verdächtigungen und Vergewaltigungsvorwürfe innerhalb der Linken treiben Blüten, und haben so manchen ungerechtfertigt Verdächtigten schwer ausgegrenzt. Auch dieses Thema, neben dem Israel-Palästina-Konflikt, hat schon zu vielen Spaltereien innerhalb der Linken beigetragen. Emanzipierte Frauen haben solche Denunziationen nicht nötig. Auch die Themen Internationalismus und Globalisierung sind wichtig, aber die Linke interessiert sich für die

ganze Welt, nur nicht für das, was vor der Haustür passiert. Stadtteilpolitik gibt es bei der Linken kaum, innenpolitisch hat die Linke keine Gegenstrategien. Die Betonung bei den Abwehrkämpfen der Linken liegt auf dem Wort Anti. Positive Ideen, der Aufbau von Projekten etc. spielt dagegen nur eine marginale Rolle. Aber gerade solche Alternativen könnten für Außenstehende attraktiv sein. Was bewegt denn die NormalbürgerInnen? Die Existenzsicherung, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen, wie die Miete zahlen, Angst vor dem sozialen Abstieg, Gehirnwäsche durch die Massenmedien, der soziale Status in der Konsumgesellschaft, Hartz IV, die Gesundheitsreform, Privatisierung, die Sicherheit der Renten u.v.m. Erst seit 2003 interessiert sich ein Teil der Linken vermehrt für die soziale Frage, was ein wichtiger Anknüpfungspunkt ist. Allerdings schreibt Ernst Lohoff: „Manchen Linken ist die Kritik an der Bewegung wichtiger als die Kritik an Hartz IV...Es ist eben viel einfacher, irgendwelchen dummen Demonstranten am Zeug zu flicken, als die Auseinandersetzung mit dem amoklaufenden Kapitalismus des 21. Jahrhunderts zu suchen...Im Zeitalter der Krise der Arbeitsgesellschaft genügt ein Lackmустest zur Scheidung von emanzipativen und rückwärtsgewandten Sozialprotesten: die Frage der Arbeit...Sozialkritik, die das Primat der Arbeit anerkennt, ist keine.“ Trotzdem sind die Themen der Linken immer noch nicht genügend alltagsbezogen, Ausnahmen wie das Thema Mobilität bestätigen die Regel. Politik und Alltag sind häufig voneinander abgekoppelt. Viele gehen ganz normal ihren prekären Jobs nach oder lavieren sich individuell durch den Dschungel der Arbeitsämter, um dann kollektiv auf die Straße zu gehen oder auf Sitzungen verbalradikal zu sein, mit ihrem Alltag hat diese Proteststimmung nichts zu tun. Aufgabe der Linken wäre es m.E., wieder den (Arbeits-)Alltag zu politisieren. Leute müssen sich in ihrem Alltag organisieren. Die Call-Center-Offensive war da ein positives Beispiel. Aber stattdessen schafft man sich Nischen, ohne sich mit dem Alltag aller auseinanderzusetzen. So gibt es linke Medien, aber keine Auseinandersetzung mit der Mainstream-Öffentlichkeit. Proteste wie am 1. Mai sind ritualisiert und haben inzwischen Eventcharakter, aber kaum etwas linkem Bewußtsein zu tun.

Nischenkultur der Linken

Sobald sich Leute Nischen, Freiräume erkämpft haben, wird es ruhig, sie entpolitisieren. Man muß sich nur den Streßfaktor ansehen: Partys, Voküs, Filme- das ist meistens das einzige Programm, das diese Freiräume bieten. Ein Beispiel ist auch das Projekt A in Neustadt an der Weinstraße, sie wollten sich als Kollektiv am Markt behaupten und sind dabei auch entpolitisiert, weil sie nur noch am Arbeiten waren. Oder die Hausbesetzerbewegung kämpfte zwar um eigene Freiräume, das Alltagsleben der Normalbevölkerung nebenan war ihnen dabei häufig scheißegal, z.B. hohe Mieten oder Umstrukturierung interessierten wenig. Dabei trug die Lifestyle-Linke (Robert Kurz) und legalisierte und sanierte ehemalige besetzte Häuser selbst zur Umstrukturierung bei. Andererseits gäbe es viele Szenekneipen und Stadtteilläden nicht, wenn es die Hausbesetzerbewegung nicht gegeben hätte. Aber werden diese ausreichend genutzt? Kneipen veranstalten kaum politische Abende und Stadtteilarbeit gibt es so gut wie nicht. Die Linke nutzt ihre Freiräume nicht, um Politik gegen den neoliberalen Mainstream zu machen. Von der Normalbevölkerung werden dementsprechend die Freiräume nicht angenommen, sie haben mit ihrem Leben nichts zu tun. Die Linke betreibt meistens nur, wenn mal politische Diskussionen stattfinden, Szenepolitik.

Die Sprache der Linken

Sprache ist ein Herrschaftsinstrument, auch in der Linken. Das oft elitäre Gehabe der Linken drückt sich auch in der Sprache aus, die ausgrenzend wirkt. Ich spreche da aus eigener Erfahrung. Nachdem ich in der DDR aufgewachsen bin, versuchte ich Anfang der 90er Jahre

in der Westlinken Fuß zu fassen, was mir nicht gelang. Und das lag vor allem an der Sprache und der Arroganz, die mir entgegenschlug. Ich war z.B. nicht PC, weil ich, die ich mich als Linke begriff, massiv die autoritäre DDR und den dortigen rechten Konservatismus kritisierte. Nach einigen erschütternden Erlebnissen wandte ich mich erschrocken ab. Erst 1998 mit den Erwerbslosenprotesten hatte ich wieder Kontakt zur Linken und bin seitdem politisch aktiv, wobei ich inzwischen wohl selbst assimiliert bin. M.E. sollte die Linke ihre Anliegen verständlich vermitteln, was sie aber meistens nicht tut. Die Bleiwüsten-Flugblätter sind oftmals ungenießbar, wer tut sich die schon an, in denen sich Studenten mit ihrem Fremdwörter-Vokabular austoben. Überhaupt, linke Flugblätter, Reden, Bücher sind häufig für Außenstehende unverständlich, man hat den Eindruck, als ob Profilierungsneurosen dort Blüten treiben.

Die Profilierungssucht vieler linker Akademiker

Auch in der Linken gibt es Professionalisierung, viele der ehemaligen Politik-, Geistes- und Sozialwissenschaftsstudenten etc. streben Politik als Beruf an. Man eignet sich in der Politszene Kompetenzen an, um diese verwertbar zu machen. Die Arbeitsfixierung bei den Linken ist groß, Arbeitsverweigerer und Aussteiger sind selten. Karrierestreben und Profilierungsneurosen gibt es auch bei der Linken, eine Elite arbeitet sich zu Promis in der linken Szene hoch. Hierarchien sind in der Linken an der Tagesordnung. Sie haben sich als Spezialisten einen Ruf erarbeitet und werden dann oft als Referenten angefragt, schreiben die linken Zeitungen voll oder bringen Bücher heraus, denn Linke sind auch Konsumenten und damit gibt es auch einen Markt. Käufer und Verkäufer. Die Linke als ein Marktsegment, gut kann man davon aufgrund der Marginalisierung allerdings nicht mehr leben. Wenn sich das linke Dasein dann nicht mehr verwerten läßt, steigen viele aus. Karriere wird woanders gemacht. Die Trittbrettfahrer, bürgerlichen, karrieregeilen und profilierungssüchtigen „Linken“ im alternativen Gewand suchen sich andere Gefilde. Den Enkeln erzählt man dann, ich war dabei, als es cool oder chic war, z.B. Häuser zu besetzen.

Die Altersstruktur und soziale Struktur

Diese ist schon auffällig, besonders bei der Linken, die radikal sein will. Solange man Student ist, kann man sich die Radikalität leisten, denn im Westen gibt es noch im Gegensatz zur DDR ein Moratorium, aber vielleicht wird man dann ja auch noch Außenminister. Die Konspiration in diesen Kreisen ist dann auch am höchsten, das hat etwas mit der Gefahr der Repression zu tun, oftmals aber auch, weil man sich Karriereoptionen nicht verbauen will. Sie haben im Gegensatz zu vielen Erwerbslosen noch etwas zu verlieren. Als Student radikal, mit 30 wird man dann bürgerlich, macht Karriere, gründet eine Familie. Ältere sind vor allem in der Erwerbslosenszene und bei den Sozialprotesten, im Sozialforum oder bei attac zu finden. In der linken Szene sind meistens Studenten und (erwerbslose) Akademiker engagiert. Die Linke ist ein Ausdruck der individualisierten Gesellschaft, viele Singles, kaum Alleinerziehende, kaum Frauen mit Kindern.

Die Motivation

Bei Erwerbslosen ist es häufig die Isolation und der Leidensdruck, die dazu führen, daß man sich politisch engagiert. Darüber wird allerdings selten geredet. Die meisten Erwerbslosen in der Politszene haben keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt. Im Sozialforum sind es oft Politprofis, die sich seit mindestens 20 Jahren kennen. Zu attac kamen viele Ältere, weil sie sich von der Offenheit, Themenvielfalt und den theoretischen Diskussionen angezogen fühlten. Oftmals sind es Leute, die früher politisch aktiv waren, dann ausgestiegen sind und

nun wieder Hoffnung in attac setzen. Dafür lassen sie sich als Basis dann auch den Überbau und die sozialdemokratischen Pressesprecher gefallen.

Bei Jugendlichen ist es häufig die Gruppenzugehörigkeit und –fixierung, die zum Engagement in der linken Szene führt. Oftmals ist es auch gerade chic, Häuser zu besetzen, bei der Umsonstkampagne, den Überflüssigen oder der Antifa mitzumachen, Jüngere wollen Action und Fun, z.B. ist die Antifa und Antiglobalisierungsbewegung mit Reisen verbunden. Andererseits lassen sich auch Studieninhalte mit linken Inhalten verknüpfen. Allerdings lesen die Jüngeren immer weniger, die politische Bildung wird immer schlechter, in den Gegenmedien z.B. Indymedia geht es hauptsächlich um Action.

Keine Verknüpfung von Theorie und Praxis

Es ist schon absurd, aber gerade dieser Makel stellt sich als besonders großes Problem dar. Aus Inhalten können Aktionen folgen. Aber wenn man keine Inhalte hat und trotzdem Action macht, dann bleibt diese im luftleeren Raum. Oder wenn man nur im inneren Kreis theoretisch diskutiert, vielleicht mal eine Veranstaltung macht, aber den Unmut über die Zustände nicht auf die Straße und in die Öffentlichkeit trägt, hat man vielleicht schöne akademische Debatten gehabt, aber was bringt. Hat man was verändert? Es gibt Gruppen und Bündnisse, die sind fast ausschließlich auf Action orientiert, und es gibt Gruppen, die diskutieren liebend gern theoretisch. Beides zusammen ist selten, strategische Diskussionen noch seltener. Ich für meinen Teil, versuche in meinem politischen Dasein Theorie und Praxis zu verwirklichen, und das scheint mir besonders wichtig.

Was mich in der Linken besonders nervt:

- Wie eben beschrieben keine Verknüpfung von Theorie und Praxis
- Streitereien, Anspruch und Wirklichkeit im Umgang miteinander, klaffen oft auseinander.
- zu wenige Aktivisten, die die Arbeit machen, zu viele mit Konsumhaltung
- immergleiche Themen, wie z.B. Jahre nur Hartz, als ob es das allein wäre
- Erfolglosigkeit, oft zu hohe Kosten, zu niedriger Nutzen

Was hält mich:

- selbstbestimmte Arbeit
- Erkenntnisgewinn
- Spaß bei Aktionen
- Soziale Faktoren

Was ich mir wünschen würde:

- Mehr Offenheit und Toleranz: Außenstehende ernstnehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Sich verständlich vermitteln. Kommunikationsfähiger werden.
 - Solidarität untereinander: Ein besserer Umgang miteinander. Keine Ausgrenzung. Bessere Konfliktfähigkeit. Bessere Arbeitsteilung in der politischen Arbeit, keine Konsumhaltung.
 - Raus aus den Nischen! Stadtteilarbeit, aber nicht verzetteln in Detailkritik und Reformismus
 - Alternativen entwickeln und leben, Projekte, Kollektive aufbauen!
 - Verknüpfung von Theorie und Praxis und strategische Überlegungen
 - Auseinandersetzung mit der Gleichschaltung im Neoliberalismus, den Kampf um die Köpfe der Menschen beginnen, gegen die Kapitalistische Einheitspartei vorgehen
- Jürgen Elsässer: „Gegen die Zurichtung der Menschen zu Medienzombies“ bräuchte es Aufklärung, die „Fakten liefert, damit die Leute nicht mehr den Meinungsbrei schlucken müssen, der ihnen Tag für Tag vorgesetzt wird.“

Ein Idymedia-Artikel zur „Situation der deutschen Linken“ mit Diskussion:
<http://www.de.indymedia.org/2004/02/73363.shtml>

Literatur:

GdV-Team der radikal: Gegen das Vergessen-Sozialrevolutionärer Widerstand und Verweigerung in Deutschland, Unrast Verlag 1999
Jürgen Hinzer/Helmut Schauer/Franz Seghers (Hrsg.) Perspektiven der Linken, VSA 2000
Jutta Dittfurth: Das waren die Grünen, Econ 2001
Jörg Bergstedt: Nachhaltig, modern, staatstreu?, Buchreihe der Projektwerkstatt
Rainer Trampert, Thomas Ebermann: Sachzwang & Gemüt, Konkret Verlag 2002
Robert Kurz: Die Welt als Wille und Design, Postmoderne, Lifestyle-Linke und die Ästhetisierung der Krise, TIAMAT Berlin 1999
Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt, Fischer 2002
Jürgen Elsässer: Make Love and War, Pahl-Rugenstein 2002
Horst Stowasser: Freiheit pur, Eichborn 1995
Ernst Lohoff: Negative Sozialromantik: http://www.krisis.org/e-lohoff_negative-sozialromantik.html
Johannes Agnoli, Transformation der Linken
Georg Scheuer: Vorwärts- und schnell vergessen? Jahrhundert zwischen Traum und Trauma, Picus Verlag Wien 1992 (Scheißbuch)